

Beantwortung Wahlprüfsteine

Sächsischer Lehrerverband im VBE vom 11. März 2024

Die Wahrung der Qualität sächsischer Bildung ist unser oberstes Ziel. Unser Schulsystem, leistungsgerecht und durchlässig, verdient eine nachhaltige Stärkung. Der SLV setzt sich für die kritische Überprüfung von Lehrplänen und Stundentafeln ein, mit Fokus auf politische Bildung, Medienkompetenz und BNE. Lehrkräfte sollen sich auf ihre Kernaufgaben konzentrieren können und von Zusatzaufgaben entlastet werden. Der SLV fordert Maßnahmen für Tarifbeschäftigte, die Fortführung der Verbeamtung, Assistenzsysteme an allen Schulen und ein praxisorientiertes Lehramtsstudium. Im digitalen Wandel benötigen Schulen eine moderne Ausstattung und Lehrkräfte digitale Kompetenzen, unterstützt durch gezielte Weiterbildungsangebote. Für die Stärkung der frühkindlichen Bildung setzen wir uns ebenfalls ein.

1. Welche langfristigen und überparteilichen Maßnahmen plant Ihre Partei, um der kontinuierlichen Qualitätssicherung, bei gleichzeitig wachsenden Herausforderungen wie Integration und Inklusion, in den Bildungseinrichtungen gerecht zu werden?

Die SPD Sachsen wirbt um weiteres Vertrauen zur Gestaltung der sächsischen Bildungspolitik, um ihre Erfahrungen und Ideen in eine neue Koalition einbringen zu können. Eine langfristige Bildungsplanung und vorausschauendes Agieren sind uns wichtig. Deshalb richten wir die Unterrichtsversorgung auf 104 Prozent aus, schreiben die Lehrerbedarfsprognose regelmäßig fort und halten alle notwendigen Planstellen vor. Mit dem Ausbau des Unterstützungs- und Assistenzsystems sowie der Budgetierung sorgen wir zudem für Entlastung. Die Stärkung der frühkindlichen Bildung, mehr Ganztags- und Gemeinschaftsschulen sowie sozialindexbasierten Zusatzressourcen werden mehr Chancengerechtigkeit schaffen. In Zeiten sinkender Kinderzahlen gilt es, wohnortnahe Kitas und Schulen vorzuhalten. Schulschließungen gehören der Vergangenheit an. Mit Binnendifferenzierung, jahrgangsübergreifenden Unterricht und längerem gemeinsamen Lernen kann das Schulnetz sogar verdichtet werden. Durch das Nutzen der demografischen Dividende kann ein pädagogisches Plus entstehen, so können beispielsweise Bildung und Lernorte kontinuierlich inklusiv weiterentwickelt werden.

2. Wie wird Ihre Partei das bewährte sächsische Schulsystem stärken und weiterentwickeln, um eine optimale Förderung für jeden Schüler bis zum erfolgreichen Schulabschluss und dem Einstieg in Beruf und Studium zu gewährleisten?

Wenn sich ändert, wie wir leben und arbeiten, muss sich auch ändern, wie und was wir lernen. Dies teilen auch die Expert:innen mit ihren Vorschlägen zum „Bildungsland Sachsen 2030“. Wir werden unsere Ideen mit diesen Vorschlägen abgleichen. Unser Ziel ist eine zeitnahe und umfassende

Novellierung des Schulgesetzes sowie die Überarbeitung der Stundentafel und Lehrpläne, um das Fundament für eine eigenverantwortliche Schule zu legen.

Praktisches Lernen und Berufsorientierung sind nicht nur Aufgabe der Oberschulen, wir bauen daher die Praxisberatung an Gemeinschaftsschulen und Gymnasien aus. Um lebens- und praxisnahes Lernen zu unterstützen, werden Kooperationen mit Praxispartner:innen, Schülerfirmen und Gründerkultur gestärkt und – wie bereits erwähnt – notwendige Freiheiten in der Stundentafel und den Lehrplänen geschaffen.

Um Kinder und Jugendliche mit einem ganzheitlichen Ansatz beim Lernen und ihrer Persönlichkeitsentwicklung zu begleiten, bauen wir die multiprofessionellen Teams an Schule weiter aus. Mit mehr Stellen und Mitteln werden mehr pädagogische Assistenzen, Inklusionsbegleiter:innen, Schulsozialarbeiter:innen, IT-Koordinator:innen oder Schulgesundheitsfachkräfte möglich.

Schließlich wollen wir allen Jugendlichen ein Recht auf Bildung garantieren. Sie sollen einen Schulabschluss erwerben und eine Ausbildung abschließen können. Mit Volkshochschulen als anerkannten Schulen des zweiten Bildungsweges und landesfinanzierten Produktionsschulen unterstützen wir dies und stärken die nachholende Bildung.

3. Welche konkreten Maßnahmen plant Ihre Partei, um Lehrpläne und Stundentafeln zu überarbeiten und politische Bildung, BNE sowie Medienkompetenz stärker im Unterricht zu verankern?

Ausgehend von den Vorschlägen zum „Bildungsland Sachsen 2030“ ist eine Weiterentwicklung geboten. Der Landesgesetzgeber hat dabei den rechtlichen Rahmen im Schulgesetz oder mit einem Lehrkräftebildungsgesetz abzustecken und Grundzüge des sächsischen Bildungswesens festzulegen. Zudem braucht es eine Überarbeitung der Stundentafeln und Lehrpläne. Insbesondere bei der Überarbeitung der Lehrpläne ist die Perspektive aus Schulpraxis und Bildungsforschung von besonderer Bedeutung, weshalb dieser Prozess weiterhin Lehrplankommissionen vorbehalten bleiben soll. Die Gründung eines Landesinstituts für Schulentwicklung soll einen Beitrag zur Schulentwicklung leisten, es soll die Schulen begleiten und zum wechselseitigen Transfer neuester Erkenntnisse in Bildungsforschung, Schulpraxis und Lehrer:innenbildung beitragen. So werden auch die hier erwähnten Querschnittsthemen in den verschiedenen Phasen der Lehrerbildung und Schulpraxis gestärkt. Über den Ausbau der Schulbudgets soll zudem die Kooperation mit außerschulischen Bildungspartner:innen gestärkt werden, um unter anderem Angebote der Gewalt- und Suchtprävention, der Sexualpädagogik, der Demokratieerziehung oder auch der Umweltbildung besser einbeziehen zu können.

4. Welche Position vertritt Ihre Partei zu Entlastungsmaßnahmen für Lehrkräfte wie einer Verringerung des Regelstundenmaßes, Senkung des Klassenteilers (vor allem in Vorbereitungsklassen) sowie Klassenleiter- und Tutorenstunden?

Nach wie vor hat die Unterrichtsabsicherung oberste Priorität. Wir wollen deshalb in den nächsten fünf Jahren die Schulassistenz und die Schulsozialarbeit flächendeckend ausbauen, um zur Entlastung der Lehrkräfte beizutragen. Eine Erhöhung des Regelstundenmaßes - wie in anderen Bundesländern eingeführt - wird es mit der SPD auch künftig nicht geben. Wir setzen auf ein gutes Miteinander zwischen dem Freistaat Sachsen und seinen Beschäftigten, daher wollen wir das Modell eines freiwilligen Lebensarbeitszeitkontos einführen. Die sinkenden Kinderzahlen sehen wir als Chance für das Bildungssystem. Wir wollen freiwerdende Mittel nicht einsparen, sondern im System halten. So können Schulen erhalten und die Qualität gesteigert werden. Wir wollen keine Schulen schließen. Statt Schulschließungen wollen wir ein dichtes Schulnetz und kleinere Klassen. Die sinkenden Schülerzahlen bieten auch die Perspektive, die Klassenleiterstunde zur Entlastung der Lehrkräfte einzuführen und langfristig das Regelstundenmaß zu senken.

5. Wie steht Ihre Partei zu ausgleichenden Maßnahmen für tarifbeschäftigte Lehrkräfte wie der Erhöhung von EG-14-Stellen, dem Ausbau von Zulagen und der Übernahme der Beiträge zur Altersversorgung (VBL), um eine spürbare finanzielle Annäherung an den Beamtenbereich zu erwirken?

Mit der Einführung der Verbeamtung für Lehrkräfte wurde deutlich, dass es in Zukunft Unterschiede bei Entlohnung bzw. Besoldung geben wird. So brachte der Schritt zur Verbeamtung nicht nur Vorteile, sondern auch Nachteile – gerade mit Blick auf die bereits angestellten älteren Lehrkräfte. Die Schranken des Beamten-, Besoldungs- und Tarifrechtes sind bei etwa zu ergreifenden Maßnahmen zu beobachten. Aus der Praxis wissen wir inzwischen, dass eine weitere finanzielle Annäherung nicht zu erreichen ist, da Maßnahmen für Tarifangestellte in der Regel auch für beamtete Lehrkräfte umgesetzt werden müssen. Die Ungerechtigkeiten, vor denen die SPD bei Einführung der Verbeamtung warnte, sind nicht vollständig beseitigbar. Die ergriffenen Maßnahmen zur Kompensation wie die tarifliche Zulage oder das Ausbringen von E14-Stellen setzen wir fort und überprüfen dies regelmäßig mit Beschluss der kommenden Haushalte.

6. Wie steht Ihre Partei zur Fortführung der Verbeamtung von Lehrkräften über das Jahr 2030 hinaus, um die Attraktivität des Lehrerberufs zu erhalten und weiterhin konkurrenzfähig gegenüber den anderen Bundesländern zu bleiben?

Die SPD-Fraktion hat in 2023/24 die Verlängerung der Verbeamtung mitgetragen. Bewusst wurde diese Verlängerung erneut befristet, um im Laufe der nächsten Legislaturperiode die Wirksamkeit und Steuerungsfunktion erneut bewerten zu können. Da inzwischen alle Bundesländer Lehrkräfte verbeamteten, stellt sich in der Perspektive auch die Frage, ob eine generelle Systemumstellung durch einen gemeinsamen Verzicht auf eine Verbeamtung im Schulwesen zu erreichen ist. Mit Blick auf die Lasten künftiger Generationen wäre dies aus unserer Sicht eine gewinnbringende Bildungsinvestition.

7. In welcher Form wird Ihre Partei den Einsatz und die Etablierung von Assistenzsystemen an den sächsischen Schulen fördern und damit sicherstellen, dass sich Lehrkräfte wieder auf ihre Kernkompetenz des Unterrichts konzentrieren können?

Die SPD Sachsen möchte in den nächsten fünf Jahren die Schulassistenz und die Schulsozialarbeit flächendeckend ausbauen. Mit mehr Stellen und Mitteln werden mehr pädagogische Assistenzen, Schulverwaltungsassistent:innen, Inklusionsbegleiter:innen, Schulsozialarbeiter:innen, IT-Koordinator:innen oder Schulgesundheitsfachkräfte möglich.

8. Welche Maßnahmen plant Ihre Partei, um das Lehramtsstudium praxisorientierter zu gestalten, auch digitale Kompetenzen zu verankern, und die Regionalisierung der Lehrerausbildung endlich sachsenweit voranzutreiben?

Die Impulse zur Weiterentwicklung der Lehrerausbildung sollen aufgegriffen werden. So soll einerseits an den hohen Ausbildungskapazitäten von 2.400 universitären Lehramtsstudienplätzen festgehalten werden, andererseits sind die Modellstudiengänge zur Kooperation mit den Hochschulen für Angewandte Wissenschaften oder aber die Stufenausbildung an der Universität Leipzig zu verstetigen. Mit einem Lehrkräftebildungsgesetz wollen wir den rechtlichen und strukturellen Rahmen setzen. Die Studieninhalte wie das Referendariat gehören auf den Prüfstand – mehr Bildungspraxis, weniger Fachwissenschaft sowie die Integration des Referendariats ins Studium und eine frühzeitige Praxiserfahrung und Möglichkeit zum Teamteaching sind unser Ziel. Und wenn die Anforderungen an die Schule der Zukunft selbstständiges Lernen, digitale Kompetenzen, ein Verständnis für nachhaltige Entwicklung und praxisnahen Unterricht sind, muss sich dies auch in der Lehrkräftebildung widerspiegeln. Wir erachten eine Weiterentwicklung des Lehramtsstudiums, der zugehörigen Abschlussprüfungen und des Referendariats für wichtig. Es gilt dabei nicht zuletzt, die Impulse der Kultusministerkonferenz aktiv aufzugreifen und neue Möglichkeiten zu nutzen.

9. Wie beabsichtigt Ihre Partei, die digitale Transformation an Schulen voranzutreiben, Lehrkräften regelmäßige Weiterbildungsangebote vor Ort zu bieten und sicherzustellen, dass sie bei der Administration und Gerätewartung durch externe IT-Experten spürbar betreut und unterstützt werden?

Der „DigitalPakt Schule“ hat für eine digitale Ausstattung an den Schulen gesorgt – Computer und Laptops für Schüler:innen und mobile Endgeräte für Lehrkräfte sind jetzt verfügbar. Das ist Basis für die Digitalisierung an Schulen. Sie bietet die Chance, individuelle Lernprozesse als auch Zusammenarbeit zu ermöglichen sowie differenzierte Rückmeldungen zum Lernfortschritt zu geben. Wir wollen weiter in die digitale Ausstattung investieren und unterstützendes Personal für IT-Administration und Gerätewartung gewinnen; IT-Koordinator:innen sollen in Zukunft zum

multiprofessionellen Team einer Schule gehören. Fort- und Weiterbildungen gewinnen weiter an Bedeutung: Um Schulleitungen, Lehrkräfte und das weitere pädagogische Personal fit zu machen, erhöhen wir die Budgets hierfür. Gerade der Bereich der Digitalisierung sollte Anlass sein, die getrennte Schulträgerschaft auf den Prüfstand zu stellen und die Aufgabenverteilung zwischen Land und Kommunen zu reformieren.

10. Wie will Ihre Partei die frühkindliche Bildung stärken, insbesondere vor dem Hintergrund des aktuellen Geburtenrückgangs, und welche konkreten Maßnahmen sind vorgesehen, um die Betreuungsqualität in Kitas nachhaltig zu verbessern?

Für die Qualität der frühkindlichen Bildung und Betreuung ist die Fachkraft-Kind-Relation in den Kita-Einrichtungen eine entscheidende Größe. Den Weg hin zu unseren Zielmarken 1:3 für die Krippe und Kindertagespflege, 1:7,5 für den Kindergarten und 1:12 für den Hort setzen wir Schritt für Schritt fort und halten deshalb auch bei sinkenden Kinderzahlen die Ausbildungskapazitäten konstant. Mit einer hohen Betreuungsquote, gut qualifizierten pädagogischen Fachkräften und einer verbesserten Fachkraft-Kind-Relation legen wir den Grundstein für gelingende Bildungsprozesse. Mehr Zeit der Pädagog:innen für Kinder in den Kinderkrippen sowie der Kindertagespflege, Kindergärten und Horten ist unser Ziel. Dafür setzen wir den schrittweisen Aufbau einer Personalreserve fort und nutzen die demografische Rendite, um Ressourcen im System zu halten. Außerdem wollen wir die Kita-Sozialarbeit verstetigen und ausbauen, Ressourcen für besondere soziale Bedarfe bereitstellen sowie den Übergang vom Kindergarten zur Schule stärken.